

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	27
KAPITEL 1: Einführung in das Standortauswahlverfahren und die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche	32
A. Grundzüge des Verfahrens nach StandAG	32
I. Maßstäbe der Standortauswahl und des -verfahrens	32
1. Das Konzept der Endlagerung nach StandAG	32
a) Tiefengeologische Lagerung am Standort mit der bestmöglichen Sicherheit	32
b) Einzulagernde Abfallstoffe	34
c) Zeitliche Dimensionen	35
2. Verfahrensleitende Vorgaben gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 StandAG	39
3. Kriterien und Anforderungen der Standortauswahl gemäß §§ 22–27 StandAG	45
II. Die Akteure des Verfahrens	48
III. Dreiphasiger Verfahrensablauf	53
1. Die erste Phase des Verfahrens	54
2. Die zweite Phase des Verfahrens	56
3. Die dritte Phase des Verfahrens	58
B. Zwischenschritte bei der Suche eines Endlagers	60
I. Empfehlungen des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte“	60
II. Das StandAG aus dem Jahr 2013	63
III. Arbeit und Abschlussbericht der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Stoffe“	65
IV. Das schweizerische Öffentlichkeitsbeteiligungskonzept als Vorbild	67

C. Erfordernis der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche	70
I. Erfordernis der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche aufgrund höherrangiger Vorgaben	70
1. Verfassungsrechtliche Anforderungen	71
2. Völkerrechtliche Anforderungen	72
3. Europarechtliche Anforderungen	75
4. Zwischenfazit	77
II. Die komplexe Gesamtsituation der Endlagerung in Deutschland	78
1. Endlagerung als mehrdimensionales konfliktträchtiges Problem	79
2. „Klassische“ Öffentlichkeitsbeteiligung als unzureichendes Konzept bei der Endlagersuche	89
a) Zeitliche Herausforderungen bei der Endlagersuche	89
b) Qualitative Anforderungen	91
3. Negative Erfahrungen und Auswirkungen auf das Verfahren	93
a) Auswirkungen auf die Genese des StandAG	94
b) Der Aspekt des „Vertrauens“	96
c) Rolle der Vergangenheit im Verfahren	97
4. Zwischenfazit zur Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung	98
KAPITEL 2: Grundzüge der Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG	101
A. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 StandAG	101
I. Die Aufgaben als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung	101
II. Aufgabenkumulation des BASE im Verfahren	103
B. Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 5 StandAG	106
I. Historie	107
II. Beteiligungstiefe	108
III. Regelungen des § 5 Abs. 1 StandAG	111
1. Ziel der Beteiligung	111
2. Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter des Verfahrens	113
IV. Anforderungen an Unterrichtung und Beteiligungsmöglichkeiten gemäß § 5 Abs. 2 StandAG	115
1. Inhaltliche Anforderung	116

2. Anforderungen an die Art und Weise	117
a) Frühzeitig, umfassend, systematisch während des gesamten Verfahrens	118
b) Dialogorientierter Prozess	119
c) Nutzung des Internets und anderer geeigneter Medien	120
3. Verhältnis zu anderen Informationsverpflichtungen im StandAG	121
V. Die lernende und sich hinterfragende Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 5 Abs. 3 StandAG	122
1. Fortentwicklungsklausel gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 StandAG	123
2. Öffnungsklausel des § 5 Abs. 3 S. 2 StandAG	124
3. Evaluationsklausel gemäß § 5 Abs. 3 S. 3 StandAG	127
VI. Würdigung der Regelung des § 5 StandAG und der Neuartigkeit	129
 KAPITEL 3: Information und klassische Öffentlichkeitsbeteiligung	131
A. Die Informationsplattform gemäß § 6 StandAG	131
I. Historie	132
II. Einzustellende Unterlagen	133
1. Erfasste Institutionen	133
2. Erfasste Unterlagen	135
3. Verweis auf § 10 UIG	138
III. Anforderungen an die Ausgestaltung der Informationsplattform	146
IV. Ausgestaltung des Dokumentenverzeichnisses	149
V. Rechtsschutz	149
VI. Würdigung der Regelung des § 6 StandAG und der Neuartigkeit	151
1. Neuartiges Regelungskonzept?	151
2. Kritische Würdigung des § 6 StandAG	152
B. Stellungnahmeverfahren und Erörterungstermine gemäß § 7 StandAG	155
I. Das Verhältnis des UVPG zu § 7 StandAG	156
II. Zeitpunkte der Stellungnahmeverfahren und Erörterungstermine	157
III. Historie	159

IV. Die Stellungnahmeverfahren gemäß § 7 Abs. 1–2 StandAG	161
1. Begriff der Stellungnahme	161
2. Stellungnahmeberechtigte gemäß § 7 Abs. 1 S. 1 StandAG	162
3. Inhalte der Stellungnahmen und bereitzustellende Informationen gemäß § 7 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 StandAG	165
4. Auslegungs- und Unterrichtungspflichten nach dem UVPG	166
5. Frist gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 StandAG	169
6. Form der Stellungnahmen	172
7. Berücksichtigungs- und Auswertungspflicht gemäß § 7 Abs. 1 S. 3 StandAG	174
V. Die Erörterungstermine gemäß § 7 Abs. 3–5 StandAG	176
1. Ort der Durchführung der Erörterungstermine	177
2. Inhalte der Erörterungstermine	179
3. Auslegungs- und Bekanntmachungspflicht gemäß § 7 Abs. 4–5 StandAG	179
a) Veröffentlichung und Auslegung von Unterlagen	180
b) Bekanntmachung der Auslegung und des Erörterungstermins	183
aa) Bekanntmachung der Auslegung	183
bb) Bekanntmachung des Erörterungstermins	185
4. Teilnehmendenkreis gemäß § 7 Abs. 5 S. 1 StandAG	185
5. Vorbereitung und Durchführung der Erörterungstermine	189
a) Die Vorschriften des VwVfG	189
b) Die Vorbereitung der Erörterungstermine	191
c) Die Durchführung der Erörterungstermine	193
VI. Grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung	195
VII. Sinn und Zweck der Stellungnahmeverfahren und Erörterungstermine	195
VIII. Rechtsschutz	198
IX. Würdigung der Regelung des § 7 StandAG und der Neuartigkeit	198
1. Neuartiges Regelungskonzept?	198
2. Kritische Würdigung des § 7 StandAG	201

KAPITEL 4: Die verschiedenen Gremien der Öffentlichkeitsbeteiligung	206
A. Das Nationale Begleitgremium gemäß § 8 StandAG	206
I. Historie	206
II. Aufgaben und Ziele der Einsetzung gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 StandAG	209
1. Aufgabenzuweisung	209
a) Begleitung	210
aa) Funktionen der Begleitung	211
(1) Beobachtungsfunktion	211
(2) Transparenzfunktion	211
(3) Kontrollfunktion	212
(4) Evaluations- und Innovationsfunktion	214
(5) Wissens- und Beratungsfunktion	215
(6) Partizipations- und Mediationsfunktion	216
(7) Multiplikatorenfunktion	218
bb) Begleitung insbesondere der Öffentlichkeitsbeteiligung	218
b) Unabhängigkeit	221
c) Vermittlung	225
2. Ziel der Vertrauensermöglichung in die Verfahrensdurchführung	227
III. Rechte und Pflichten des NBG	229
1. Selbstbefassungsrecht gemäß § 8 Abs. 1 S. 2, 1. Var. StandAG	229
a) Begrenzung auf das StandAG?	230
b) Befassung mit der Zwischenlagerproblematik?	231
2. Befragungsrecht gemäß § 8 Abs. 1 S. 2, 2. Var. StandAG	235
3. Stellungnahmerecht gemäß § 8 Abs. 1 S. 2, 3. Var. StandAG	236
4. Recht dem Deutschen Bundestag Empfehlungen zu geben gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 StandAG	238
5. Einsichtnahmerecht gemäß § 8 Abs. 2 S. 1 StandAG	239
6. Beratungs- und Veröffentlichungspflicht gemäß § 8 Abs. 2 S. 2–3 StandAG	245
7. Ungeschriebene Informationspflicht	249
8. Rechte und Pflichten gemäß § 35 Abs. 4 GeolDG	249

IV. Zusammensetzung und Einsetzung gemäß	
§ 8 Abs. 3 StandAG	251
1. Politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Mitglieder gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 StandAG	252
2. Dreijährige bis maximal neunjährige Amtszeit gemäß § 8 Abs. 3 S. 2–3 StandAG	254
a) Vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft und Nachbesetzung	255
b) Wiederberufungsmöglichkeit	258
c) Unterschiedliche Zeitpunkte der Berufung	259
d) Bedarf einer Übergangsregelung	260
3. Pluralistische Besetzung gemäß	
§ 8 Abs. 3 S. 4–6 StandAG	261
a) 18 Mitglieder gemäß § 8 Abs. 3 S. 4 StandAG	262
b) Zwölf anerkannte Persönlichkeiten gemäß § 8 Abs. 3 S. 5, S. 6, 1. HS StandAG	265
aa) Die Wahl der anerkannten Persönlichkeiten	266
bb) Anforderungen an die anerkannten Persönlichkeiten	269
c) Sechs Bürgerinnen und Bürger, davon zwei aus der jungen Generation, § 8 Abs. 3 S. 6, 2. HS StandAG	272
aa) Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern im NBG	274
bb) Bisherige Besetzungsverfahren	276
(1) Erstes Besetzungsverfahren 2016 und grundlegende Erläuterung des Verfahrens	278
(2) Aufstockungsverfahren 2018	282
(3) Neu-/Wiederbesetzungsverfahren 2019	283
(4) Neu-/Wiederbesetzungsverfahren 2021	285
(5) Neu-/Wiederbesetzungsverfahren 2023	286
cc) Binnenpluralität der Bürgerinnen und Bürger	286
dd) Empfehlungen für künftige Neu-/Wiederbesetzungsverfahren	290
ee) Das Beratungsnetzwerk	292
V. Organisatorischer Aufbau und Arbeitsweise gemäß	
§ 8 Abs. 4 StandAG	294
1. Geschäftsstelle gemäß § 8 Abs. 4 S. 1–2 StandAG	294
2. Geschäftsordnung gemäß § 8 Abs. 4 S. 3, 1. HS StandAG	298

3. Recht zur wissenschaftlichen Beratung gemäß § 8 Abs. 4 S. 3, 2. HS StandAG	299
4. Nicht gesetzlich normierter Aufbau und Arbeitsweise	301
a) Ehrenamt und Aufwandsentschädigung	301
b) Vorsitzende des Gremiums	303
c) Sitzungen und Arbeits-/Fachgruppen	304
VI. Der Partizipationsbeauftragte gemäß § 8 Abs. 5 StandAG	305
1. Aufgaben des Partizipationsbeauftragten	306
a) Konfliktmanagement	306
b) Beratung und Ansprechpartner	309
c) Bewertung und Dokumentation des Verfahrens als weitere Aufgabe?	311
d) Anforderungen an den Partizipationsbeauftragten und Aufgabenkomplexität	312
2. Verhältnis zum NBG und der Geschäftsstelle	313
3. Stellung des Partizipationsbeauftragten im Institutionengeflecht des StandAG	316
VII. Würdigung der Regelung des § 8 StandAG und der Neuartigkeit	317
1. Neuartiges Regelungskonzept?	317
2. Kritische Würdigung des § 8 StandAG	320
B. Die Fachkonferenz Teilgebiete gemäß § 9 StandAG	324
I. Historie	326
II. Einberufung der Fachkonferenz	328
1. Zeitpunkt der Einsetzung	328
2. Verfolgte Zwecke der Einsetzung	330
III. Teilnehmende der Fachkonferenz Teilgebiete	332
IV. Aufgabe und Arbeitsweise der Fachkonferenz Teilgebiete	339
1. Aufgabe der Fachkonferenz Teilgebiete	339
2. Arbeitsweise der Fachkonferenz Teilgebiete	342
a) Selbstorganisation der Teilnehmenden	342
b) Auftaktveranstaltung und Vorbereitung vor Beginn der Beratungstermine	345
c) Die Beratungstermine und deren Durchführung	347
d) Zulässigkeit der (reinen) Online-Durchführung?	349
3. Beratungsergebnisse und Auflösung der Konferenz	352
V. Resultierende Verpflichtungen der BGE	355
VI. Geschäftsstelle gemäß § 9 Abs. 3 StandAG	357

VII. Rechtsschutz	360
VIII. Würdigung der Regelung des § 9 StandAG und der Neuartigkeit	361
1. Neuartiges Regelungskonzept	361
2. Kritische Würdigung des § 9 StandAG	362
C. Die Regionalkonferenzen gemäß § 10 StandAG	365
I. Historie	365
II. Einrichtung und Auflösung gemäß § 10 Abs. 1 S. 1, Abs. 7 StandAG	368
1. Zeitliche Wirkungsdauer	368
2. Anzahl und Größe der Regionalkonferenzen	370
3. Konstituierung	371
III. Organisatorischer Aufbau und Zusammensetzung gemäß § 10 Abs. 1 S. 2, Abs. 2–3 StandAG	373
1. Vollversammlung gemäß § 10 Abs. 2 StandAG	374
2. Vertretungskreis gemäß § 10 Abs. 3 StandAG	375
a) Zusammensetzung und Größe	376
b) Berufung des Vertretungskreises	377
IV. Aufgaben, Rechte und Pflichten	381
1. Selbstorganisation und Geschäftsordnung gemäß § 10 Abs. 1 S. 3 StandAG	381
2. Begleitung des Standortauswahlverfahrens gemäß § 10 Abs. 4 S. 1 StandAG	385
a) Transparenzfunktion	385
b) Dialog- und Beteiligungsfunktion	386
c) Kontrollfunktion	386
d) Kompensatorische Entwicklungsfunktion	386
3. Stellungnahmerecht gemäß § 10 Abs. 4 S. 1–2 StandAG	387
4. Einbindung bei Kompensationsleistungen gemäß § 10 Abs. 4 S. 3 StandAG	388
5. Informationspflicht- und recht gemäß § 10 Abs. 4 S. 4–5 StandAG	390
6. Recht zur wissenschaftlichen Beratung gemäß § 10 Abs. 4 S. 6 StandAG	392
7. Recht zur Stellung von Nachprüfaufträgen gemäß § 10 Abs. 5 StandAG	394
a) Zeitpunkte und Inhalte der Ausübung	395
b) Frist und Form	398

c) Folge des Nachprüfauftrags	399
8. Nicht normierte Rechte und Pflichten	401
V. Geschäftsstelle gemäß § 10 Abs. 6 StandAG	402
VI. Rechtsschutz	404
VII. Würdigung der Regelung des § 10 StandAG und der Neuartigkeit	405
1. Neuartiges Regelungskonzept?	405
2. Kritische Würdigung des § 10 StandAG	407
D. Die Fachkonferenz Rat der Regionen gemäß § 11 StandAG	410
I. Historie	410
II. Einsetzung gemäß § 11 Abs. 1 S. 1 StandAG	411
III. Mitglieder gemäß § 11 Abs. 1 S. 2–4 StandAG	412
1. Vertreterinnen und Vertreter der Regionalkonferenzen	413
2. Vertreterinnen und Vertreter der Zwischenlagergemeinden	414
3. Gesamtgröße und Zusammensetzung	416
IV. Aufgabe und Zweck gemäß § 11 Abs. 2 StandAG	419
1. Aufgabe der Begleitung	419
a) Dialog- und Transferfunktion	419
b) Koordinationsfunktion	420
c) Überprüfungsfunktion	421
d) Entwicklungsfunktion	422
2. Aufgabe des Ausgleichs von Interessen	423
3. Arbeitsweise unter dem Aspekt der Selbstorganisation	423
V. Organisatorische Unterstützung gemäß § 11 Abs. 3 StandAG	425
VI. Rechtsschutz	426
VII. Würdigung der Regelung des § 11 StandAG und der Neuartigkeit	426
1. Neuartiges Regelungskonzept?	426
2. Kritische Würdigung des § 11 StandAG	427
KAPITEL 5: Das Beteiligungskonzept unter Berücksichtigung des Rechtsschutzes	430
A. Der Rechtsschutz im Verfahren des StandAG	430
I. Der Zusammenhang von Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz	430

II. Konzept des Rechtsschutzes im Rahmen der Legalplanung des StandAG	432
1. Historie	432
2. Zeitpunkte der Justizierbarkeit	433
3. Besonderheiten des Rechtsschutzes	434
4. Kontrolldichte und Fehlerfolgenregime	436
III. Würdigung des Rechtsschutzes und der Neuartigkeit	438
B. Das Gesamtkonzept der Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG	439
I. Die verschiedenen Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung	439
II. Würdigung des Gesamtkonzeptes der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Neuartigkeit	443
1. Beteiligung in der Frühphase des Verfahrens	443
2. Kontinuierliche Information und Beteiligung	445
3. Transparenzdefizit	445
4. (Fehlende) Offenheit der Regelungen und Implikationen	446
5. Fehlende Verzahnung der Formate	449
6. Übermaß der Regelungen?	450
7. Schüren falscher Erwartungen?	452
8. Nachträgliche Änderung der Vorschläge der BGE als Problem	453
9. Fokussierung auf Information?	454
10. Grenzüberschreitende Information und Beteiligung	454
11. Veränderung und Lernfähigkeit des Verfahrens	455
12. Zeitliche Verschiebung und Beschleunigungsgedanken	456
13. Ende des Standortauswahlverfahrens	458
14. Neuartigkeit	459
Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	463
A. Zusammenfassung	463
Das StandAG und seine Vorgeschichte	463
Das Erfordernis der Öffentlichkeitsbeteiligung	465
§ 4 StandAG	466
§ 5 StandAG	466
§ 6 StandAG	468
§ 7 StandAG	470
§ 8 StandAG	474
§ 9 StandAG	478

§ 10 StandAG	482
§ 11 StandAG	486
Das Gesamtkonzept der Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG	489
Der Rechtsschutz im Standortauswahlverfahren	491
B. Fazit und Ausblick	492
Literaturverzeichnis	497